

Pressemitteilung des Bündnis Decolonize Berlin zum Antrag von R2G: „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“

Aufarbeitung des Kolonialismus darf kein Papier- oder Verwaltungstiger werden

Das Berliner Bündnis Decolonize Berlin fordert das Land Berlin auf, das Berliner Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept zum Kolonialismus mit angemessenen Haushaltsmitteln zu hinterlegen.

Berlin, am 2. April 2019

Am 4. April 2019 wird das Berliner Abgeordnetenhaus einen Antrag der Regierungsparteien für die Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts debattieren. Mit dem Antrag wird das Land Berlin aufgefordert, die Geschichte und Folgen des Kolonialismus des Landes Berlins aufzuarbeiten.

„Der Beschluss ist überfällig“, sagt Mnyaka Sururu Mboro von Berlin Postkolonial. „Berlin war über 250 Jahre eine Kolonialmetropole. Hier wurden 1884/85 während der Afrika-Konferenz die Voraussetzungen für die Aneignung afrikanischer Gebiete, Kulturobjekte und sogar menschlicher Gebeine gelegt. Bis heute steht die kritische Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und seinen globalen Folgen aus.“

Die Ansprüche, die die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung an das Konzept erhebt, sind umfangreich und ambitioniert: unter anderem sollen Maßnahmen in der Bildung und zur wissenschaftlichen Aufarbeitung, zur Provenienzforschung und Erinnerungskultur, in der Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhoek und für eine Gedenkstätte unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Nachfahren in den ehemaligen Kolonien erarbeitet werden.

„Wir haben jahrelang dafür gekämpft und gestritten, dass diese und weitere Forderungen endlich von der Berliner Politik aufgenommen werden“, sagt Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland ISD. „Das muss jetzt auch konsequent umgesetzt werden! Voraussetzung für die Umsetzung des Beschlusses ist eine personell und finanziell gut ausgestattete Koordinierungsstelle, die von einer zivilgesellschaftlichen Institution getragen wird und nicht in einer Verwaltung angesiedelt ist.“ Bisher sind keine Mittel im Berliner Haushalt eingestellt.

Kontakt: Mnyaka Sururu Mboro, Berlin Postkolonial, buero@berlin-postkolonial.de.

Tahir Della, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland und Berliner Eine-Welt-Promotor für Dekolonisierung, 01525-4217327, tahirdella@isdonline.de

Sylvia Werther, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag, 030-49855380, werther@eineweltstadt.berlin

Der Antrag der rot-rot-grünen Landesregierung <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-1788.pdf>

Das Bündnis „Decolonize Berlin“ setzt sich für eine kritische Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und seiner Folgen ein. Es besteht aus Schwarzen und afrikanischen Gruppen, postkolonialen und entwicklungspolitischen Gruppen in Berlin: Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag, AfricAvenir International, Berlin Postkolonial, Aktionsgruppe M-Straße.